

ÉTUDES
DE L'IFRI

STUDIENKOMITEES FÜR DEUTSCH-FRANZÖSISCHE
BEZIEHUNGEN (CERFA)



OKTOBER
2023

Ein tief verunsichertes Land

Politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart



Studienkomitees
für deutsch-
französische
Beziehungen
(Cerfa)

Philip MANOW

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Das Ifri wurde im Jahr 1979 von Thierry de Montbrial gegründet. Ein Dekret vom 16. November 2022 legt fest, dass das Ifri eine als gemeinnützig anerkannte Stiftung ist. Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

ISBN: 979-10-373-0770-5

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2023

Bild: AfD Trauermarsch, Chemnitz, Deutschland, 1. September 2018.

© knipsdesign/Shutterstock.com

Diese Veröffentlichung zitieren:

Philip Manow, „Ein tief verunsichertes Land – politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart“, *Études de l'Ifri*, Ifri, Oktober 2023.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: ifri.org

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Marie Krpata, Research Fellow, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autoren

Prof. Dr. Philipp Manow ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen und am dortigen Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM). Er forscht und veröffentlicht u.a. zum politischen System der Bundesrepublik, der europäischen Integration, zum Populismus und zur Theorie und Empirie der repräsentativen Demokratie.

Zusammenfassung

Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober konnte die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) beeindruckende Stimmgewinne verzeichnen. In Deutschland sind 54 % der Bevölkerung unzufrieden, bis sehr unzufrieden mit der Demokratie. Diese alarmierende Zahl unterstreicht die wachsende Politikverdrossenheit im Land.

Die Enttäuschung der Bürger hat weitreichende Auswirkungen auf das politische System Deutschlands. Die Bildung von Koalitionen wird aufgrund der zunehmenden Fragmentierung der politischen Parteien komplizierter. Selbst die einst dominante Große Koalition zwischen den beiden traditionellen Parteien, den Christdemokraten und den Sozialdemokraten, kann oft keine parlamentarischen Mehrheiten mehr gewährleisten.

Das deutsche Parteiensystem spiegelt diese Entwicklungen wider. Es besteht aus schwindenden Mitteparteien, den Christdemokraten und den Sozialdemokraten. Hinzu kommt eine fragile liberale Partei, die Freie Demokratische Partei (FDP), die sich oft entlang der Fünf-Prozent-Hürde hangelt, sowie die Grünen, eine Partei der neuen Mittelschicht. Hinzu kommen erstarkende Rechtspopulisten und möglicherweise bald eine neue linkspopulistische Partei.

Während die 'alten' Parteien der Mitte wie auch die 'alte Linke' einem Abwärtstrend folgen, hat die rechtspopulistische Partei AfD beachtliche Erfolge erzielt, insbesondere in wohlhabenden Regionen im Süden Deutschlands, wie Bayern und Baden-Württemberg, sowie in Sachsen. Dies wird in der üblichen, auf die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland abstellende Debatte selten vermerkt (und noch weniger erklärt). Dabei ist die Nord-Süd-Spaltung gleichzeitig eine Wohlstands-Spaltung, was gängigen Erklärungen, Populismus sei der Protest der Abgehängten und Modernisierungsverlieren, entgegensteht. In Deutschland gibt es im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, Großbritannien und den USA keinen ausgeprägten Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Gebieten in der Wahl der rechtspopulistischen Parteien.

Dies resultiert teilweise daraus, dass AfD-Wähler von Überzeugungen getrieben sind, die regionale Unterschiede übersteigen. Obwohl Deutschland seit 2005 von der Globalisierung profitiert hat und von den Auswirkungen des sogenannten 'China Schocks' nicht nur verschont geblieben, sondern sogar von ihm profitiert hat, könnte sich dies ändern, da sich das weltweite wirtschaftliche und geopolitische Umfeld ändert und das

deutsche Wirtschaftsmodell gefährdet. Die ehemaligen Gewinner der Globalisierung könnten nun zu Verlierern werden, da der Anti-Globalisierungstrend zunimmt. Das europäische Integrationsprojekt, das diesen Prozess der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Globalisierung auf Kosten des Nationalstaats verkörpert, wird von den AfD-Wählern als eines der Übel angesehen, das bekämpft werden muss.

Insgesamt durchläuft Deutschland einen tiefgreifenden Transformationsprozess, der sowohl sozioökonomische als auch soziokulturelle Gründe hat. Dieser Prozess stellt das etablierte politische System Deutschlands und sein Wirtschaftsmodell auf die Probe und deutet auf eine unsichere politische Zukunft hin.

Abstract

In the state elections in Bavaria and Hesse on October 8th, the right-wing populist Alternative für Deutschland (AfD) was able to notch up significant gains in votes

In Germany, 54% of the population is dissatisfied, or very dissatisfied, with democracy. This alarming figure underscores the growing disenchantment with politics in the country.

The disillusionment of the citizens has far-reaching effects on Germany's political system. The formation of coalitions is becoming more complicated due to the increasing fragmentation of political parties. Even the once dominant 'Grand Coalition' between the two traditional parties, the Christian Democrats and the Social Democrats, often fails to secure parliamentary majorities.

The German party system reflects these developments. It consists of dwindling centrist parties, the Christian and Social Democrats. In addition, there is a fragile liberal party, the Freie Demokratische Partei (FDP), which often hovers around the five percent threshold, as well as the Greens, a party of the new middle class. Additionally, there are strengthening right-wing populists and possibly soon a new left-wing populist party.

While the 'old' centrist parties as well as the 'old Left' are following a downward trend, the right-wing populist party AfD has achieved considerable success, especially in affluent regions in southern Germany, such as Bavaria and Baden-Württemberg, as well as in Saxony. This is rarely noted (and even less explained) in the usual debate focusing on the differences between West and East Germany. The North-South divide is simultaneously a prosperity divide, which contradicts common explanations that populism is the protest of the dispossessed and those left behind by modernization. Unlike countries such as France, the UK, and the USA, Germany does not exhibit a pronounced difference between urban and rural areas in the choice of right-wing populist parties.

Part of this is because AfD voters are motivated by beliefs that go beyond regional disparities. Germany has reaped the benefits of globalization since 2005, not only avoiding the impacts of the 'China shock' but even capitalizing on it. However, this might change with the shifting global economic and geopolitical landscape, posing a threat to the German economic model. The former winners of globalization could now become losers as the anti-globalization trend grows. AfD voters view the European integration project, which represents this blend of economic, political, and

cultural globalization to the detriment of the nation-state, as one of the ills that need to be challenged.

Overall, Germany is undergoing a profound transformation process, which has both socio-economic and socio-cultural reasons. This process challenges the established political system of Germany and its economic model, pointing towards an uncertain political future.

Inhaltsverzeichnis

SCHWINDENDES VERTRAUEN IN DIE POLITIK, WEITVERBREITETE KRISENWAHRNEHMUNG	9
DAS PARTEIENSYSTEM: EINE ‚NACHHOLENDE FRAGMENTIERUNG‘	12
DER AUFSTIEG DES POPULISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK: ERKLÄRUNGSMUSTER	20
DEUTSCHLANDS LAGE IM EUROPÄISCHEN KONTEXT: EINE ‚NACHHOLENDE‘ NORMALISIERUNG	28
LITERATUR.....	34

Schwindendes Vertrauen in die Politik, weitverbreitete Krisenwahrnehmung

Deutschland, lange Zeit ein Land, dem eine starke Wirtschaft, ein funktionierendes politisches System, und ein effizienter Staat äußerste Stabilität zu verleihen schienen, ist in den letzten Jahren in ungewohnter Weise ein tief verunsichertes, polarisiertes, und in vieler Hinsicht überfordert erscheinendes Land geworden. Zentralen Glaubenssätzen bundesdeutscher Nachkriegspolitik musste in kürzester Zeit abgeschworen werden. In der Verlängerung der sozialdemokratischen Ostpolitik der frühen 1970er Jahre erscheint die auf die friedliche Einbindung Russlands in eine europäische Friedensordnung setzende Außenpolitik, noch bis Ende 2021, weit nach der Besetzung der Krim, heute als fataler und gegenüber einer langen Historie der Aggressivität Russlands blinder Fehler.

Innenpolitisch sieht sich das Land seit 2013 durch das Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei in besonderer Weise herausgefordert und die bisherige Politik strikten Ausschlusses, scharfer öffentlicher Ächtung und Beobachtung durch den Verfassungsschutz hat bislang nicht den erhofften Erfolg gezeitigt – ganz im Gegenteil. Die Alternative für Deutschland (AfD) liegt in den Umfragen bundesweit derzeit zwischen 19 und 23 Prozent. Sie ist also in vielen Umfragen zweitgrößte Partei hinter der CDU/CSU, den Christdemokraten, zuletzt sogar stimmenstärker als die Partei, die momentan den Bundeskanzler stellt, die Sozialdemokratie (SPD). In den beiden Landtagswahlen in Bayern und Hessen vom 8. Oktober sind die Rechtspopulisten mit großen Stimmenzuwächsen gewählt worden, in Hessen sind sie mit einigem Abstand zur größten Oppositionspartei geworden, in Bayern nur knapp hinter den Freien Wählern gelandet. Dort haben sie insgesamt auch sehr gut abgeschnitten, wenn man in Rechnung stellt, dass die Freien Wähler potenziell eine ähnliche Wählerschaft ansprechen und ebenfalls deutlich an Stimmen zugewinnen konnten. In den ostdeutschen Bundesländern, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, in denen am 1. (Sachsen, Thüringen) und 22. September 2024 (Brandenburg) gewählt wird, rangiert die AfD, teilweise mit sehr deutlichem Abstand, vor allen anderen Parteien – und die Bildung von Landesregierungen ohne Beteiligung dieser Partei wird voraussichtlich nur möglich sein, wenn sich eine (über)große Verhinderungscoalition aus allen anderen Parteien bildet. Eine solche Koalition dürfte der Selbstdarstellung der AfD als einziger echter Alternative zu einem unterschiedslosen ‚Kartell‘ der Altparteien weitere Glaubwürdigkeit verleihen. Schon jetzt zeigen sich in Thüringen, wo eine linke Minderheitsregierung auf vier Stimmen der Opposition (aus AfD,

CDU oder FDP) angewiesen ist, zu welchen Spannungen und Verwerfungen, mit permanenten bundespolitischen Rückwirkeffekten, solche Konstellationen führen.

Innenpolitisch haben sich die Finanz- und daraus hervorgehend- die Eurokrise (2010 ff.), die Migrationskrise (2015 ff.), die Corona-Pandemie (2020-2021) und dann der Ukrainekrieg (2022), im Hintergrund sich immer stärker aufbauend die Klimakrise, zu einer Gemengelage schwerer Herausforderungen geformt, denen sich in der Wahrnehmung eines stetig zunehmenden Anteils der Bevölkerung weder Staat noch Regierung angemessen gewachsen zeigen. Das Vertrauen in beide ist dramatisch gesunken. Diejenigen, die sich als *wenig* oder *überhaupt nicht zufrieden* mit der Demokratie erklären machten zuletzt, im August 2023, eine Mehrheit mit einem Anteil von 54 Prozent der deutschen Bevölkerung aus.¹ Eine Mehrheit „hat das Vertrauen in das Land verloren, glaubt im Moment nicht, dass Deutschland die Kraft und den Willen hat, seine starke Position zu verteidigen“ (Köcher 2023).

Aus europäischer Perspektive erscheint ein solches Phänomen kein Novum darzustellen, sondern entspricht eher einer ‚neuen Normalität‘ in Zeiten der Polykrise: mit ähnlichen Stimmenanteile wie die AfD sind schließlich Schwedendemokraten und wahre Finnen gegenwärtig entweder an der Regierung direkt beteiligt oder tolerieren sie, Italien wird von einer Rechtspopulistin regiert und in Frankreich ist es nicht auszuschließen, dass die nächste Präsidentin Marine Le Pen vom Rassemblement National heißt. In Polen und Ungarn regieren Rechtspopulisten, auch wenn der Ausgang der polnischen Parlamentswahlen vom 15. Oktober, bei denen die Recht und Gerechtigkeitspartei (PiS) keinen klaren Wahlsieg erringen konnte, einen Regierungswechsel in Polen wahrscheinlich machen. Vor dem Hintergrund seiner Geschichte und seiner Tradition einer ‚wehrhaften Demokratie‘ (Müller 2013) ist der Aufstieg der Rechtspopulisten doch eine Entwicklung, die in Deutschland selbst überwiegend als ausgesprochen krisenhaft, als akute Gefährdung der Demokratie wahrgenommen wird. Ohnehin sehen sich viele Gewissheiten deutscher Politik momentan erschüttert. Ökonomisch wird Deutschland attestiert, erneut ‚der kranke Mann Europas‘ zu sein (wie schon einmal in den Jahren zwischen 2000 und 2005). Nimmt man die gewalttätigen, das ganze Land erschütternden Proteste gegen die Rentenreform Emanuel Macrons als Maßstab, so erscheint die innenpolitische Lage in Deutschland vielleicht weiterhin als relativ stabil. Aber im Lande selbst macht sich zunehmend eine Krisenstimmung breit. Auch wenn diese in vielerlei Hinsicht als

1. ‚Die führenden Leute in Politik und Medien leben in ihrer eigenen Welt, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung hinabsehen‘ – 71 % Zustimmung; 50 % meinen, dass Deutschland ‚nicht gewappnet ist, die großen Transformationsvorhaben unserer Zeit zu bewältigen‘ (nur 28 % meinen hingegen, dass es das ist). ‚Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie‘, *Körper Stiftung*, verfügbar auf: <https://koerber-stiftung.de>.

übertrieben erscheinen mag, stellen doch auch subjektive Meinungen und Schwankungen kollektiver Stimmungen politische Tatsachen dar, nach denen sich die politische Stabilität eines Gemeinwesens bestimmt und die schnell selbstverstärkend und selbstbestätigend wirken können. Dennoch scheint es angemessen, das Gefühl einer generellen Malaise, das ja auch auf tatsächliche Fehlentwicklungen und große Defizite in Staat und Politik verweisen kann, ernst zu nehmen.

Das Parteiensystem: eine ‚Nachholende Fragmentierung‘

Wie andere europäische Länder auch, im europäischen Vergleich aber eher zeitverzögert, macht Deutschland seit den 1980er Jahren einen Prozess zunehmender Parteienfragmentierung durch. Drei Erweiterungen sind hier einschlägig: In den 1980er Jahren das Aufkommen der Grünen, dann nach der deutschen Vereinigung der Eintritt der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), der Nachfolgerpartei der ostdeutschen kommunistischen SED, in das gesamtdeutsche Parteiensystem, deren Etablierung nach 2005 durch die Fusion mit der westdeutschen WSAG (Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) unter dem neuen Namen Die Linke gesichert erschien. Und schließlich die Gründung und der Wahlerfolg der AfD im Zuge der Eurokrise, nachfolgend der Migrationskrise – erst in der Europawahl von 2014, nachfolgend in allen Landtagswahlen. Seit 2017 ist die Partei schließlich auch im Bundestag vertreten, zunächst als drittgrößte Fraktion vor den Liberalen, der Linken und den Grünen, in der 2021er Wahl dann als fünftgrößte Fraktion, nur vor der Linken.

Das politische System ist durch die drei Erweiterungsprozesse heute zu einem 5- bis 6-Parteien-System geworden wohingegen die Christdemokratie, Liberalen und Sozialdemokraten im Rahmen eines 2 ½ Parteiensystems eine überschaubare und stabile Wählerschaft mobilisieren konnten. Das System sicherte einen demokratischen Machtwechsel in der ‚alten Bundesrepublik‘ mit der liberalen FDP und einer christlich-liberalen zu einer sozial-liberalen Koalition 1969 und dann den Wechsel zurück zur CDU im Jahr 1982. Das hat eine Reihe von Folgen, insbesondere auch auf der Ebene der Bundesländer, wo dieser Fragmentierungsvorgang eher noch ausgeprägter stattgefunden hat: Koalitionsbildungen werden schwieriger, die politische Heterogenität von Regierungen wird höher, Regierungsstabilität dadurch prekärer, selbst die Große Koalition aus den zwei vormaligen Volksparteien, den Christ- und Sozialdemokraten, sichert häufig keine parlamentarischen Mehrheiten mehr, Wählervolatilität nimmt zu, Parteibindung ab.

Das deutsche gemischte Wahlsystem, in dem aber das Prinzip der Proportionalität zwischen Stimmen und Sitzen dominant ist (Manow 2016), kennt mit der Fünfprozenthürde ein Moment der Disproportionalität, das gerade einer zu starken Fragmentierung des Parteiensystems entgegenwirken sollte – als einer der historischen Lehren, die 1949 aus der Instabilität der Weimarer Republik mit ihrem zersplitterten Parteiensystem

gezogen werden sollte. Bezeichnenderweise ging die erfolgreiche Etablierung neuer Parteien im deutschen Parteiensystem dann auch jeweils mit einer Umgehung bzw. Aussetzung restriktiver Regeln des deutschen Wahlrechts einher. In der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 herrschte für die deutschen Parteien zwar die auch aus den Bundestagswahlen bekannte Sperrklausel von 5 Prozent. Aber das Europawahlrecht ermöglichte Listenverbindungen, die das deutsche Wahlrecht untersagt. Das ermöglichte, dass eine Verbindung aus deutscher Anti-Atomkraftbewegung und Friedensbewegung zur Wahl antrat und dann auch erfolgreich war und Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden konnte. Dieser Erfolg motivierte nachfolgend die Bildung einer gemeinsamen grünen Partei, die ein Jahr später, 1980, zur Bundestagswahl erstmals antrat und der dann drei Jahre später, bei den vorgezogenen Neuwahlen von 1983), der Einzug ins Bonner Parlament gelang. Ein erster Schritt aus dem bundesdeutschen 2 1/2 Parteiensystem der ersten drei Nachkriegsdekaden war damit gemacht.

Der nächste Schritt vollzog sich in den Vereinigungswahlen von 1990, für die das Bundesverfassungsgericht die für die alten und neuen Bundesländer *getrennte* Anwendung der Fünfprozenthürde angeordnet hatte, was dann der PDS als Nachfolgepartei der kommunistischen Partei der DDR, der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), den Einzug in den Bundestag ermöglichte (mit 17 Abgeordneten bei bundesweit nur 2,4 Prozent der Stimmen!).² Genau diese getrennte Anwendung der Sperrklausel ebnete dann ebenfalls dem ostdeutschen Bündnis 90, eine Partei der Bürgerrechts-, Umwelt- und Friedensbewegungen der DDR, den Weg in den Bundestag – bei bundesweit nur 1,2 Prozent der Stimmen mit 8 Abgeordneten, während ihre westdeutsche ‚Schwesterpartei‘, die Grünen, bei 3,8 Prozent Stimmenanteil diesen Einzug aufgrund der westdeutschen Fünfprozentklausel verpassten. Den fundamentalen Fehler, nicht vor der Wahl zu einer gesamtdeutschen Partei fusioniert zu haben, korrigierten beide nachfolgend und zogen als Bündnis90/ Die Grünen dann 1994 mit gesamtdeutschen 7,3 Prozent recht sicher in den Bundestag ein.

Einmal in den Bundestag gewählt, stehen die Chancen für eine längerfristige Etablierung einer Partei im bundesdeutschen Parteiensystem recht gut, aufgrund der 1) sehr großzügigen deutschen Parteienfinanzierung, 2) der ohnehin erhöhten Medienaufmerksamkeit, die mit der Präsenz im Bundestag verbunden ist, und schließlich 3), weil im

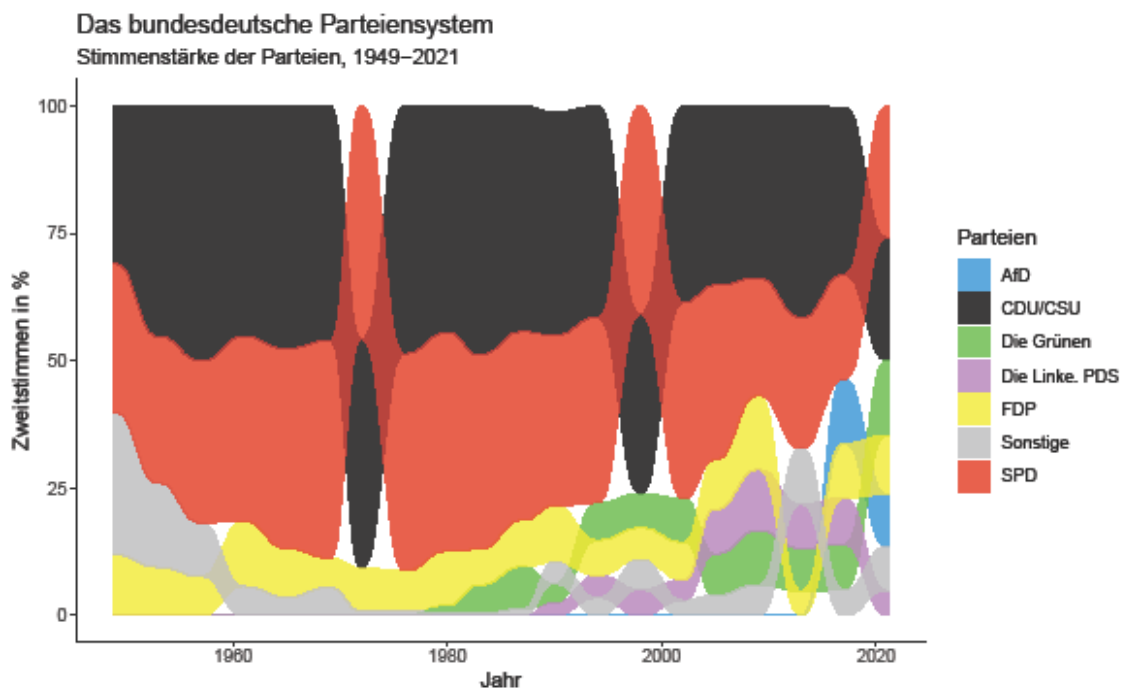
2. Die andere Regelung des deutschen Wahlrechts, die Grundmandatsklausel, die beim Gewinn von mindestens drei Direktmandaten den nach Zweitstimmen proportionalen Einzug in den Bundestag ermöglicht hätte, griff 1990 nicht, weil die PDS nur einen Wahlkreis gewinnen konnte. In späteren Jahren (so in den Bundestagswahlen 1994 und 2021) sicherte diese Klausel der Linken den Einzug in den Bundestag – und ihr Wegfall in der von der jetzigen Koalition beschlossenen Reform des Bundestagswahlrechts wird von den meisten Beobachtern als schwere Gefährdung, wenn nicht als Todesurteil für die Linke gewertet. Die Partei ist momentan in bundesweiten Umfragen zwischen 4 und 5 Prozent verortet.

bundesdeutschen Föderalismus Parteien häufig in den Länderparlamenten überleben können in Phasen, in denen sie auf nationaler Ebene nicht im Parlament vertreten sind. So gelang sowohl der PDS, den Grünen als auch der liberalen FDP der direkte Wiedereinzug in den Bundestag, nachdem sie 2002 (PDS), 1990 (westdeutsche Grünen), sowie 2013 (FDP), jeweils an der Fünfprozenthürde gescheitert waren. Manchmal helfen dabei auch Themenkonjunkturen – die ‚Agenda 2010‘ der rot-grünen Bundesregierung als sehr grundsätzlicher und teils schmerzhafter Wohlfahrtsstaatsreform sicherte der in der Linken fusionierten PDS und WSAG den komfortablen Einzug 2005, die Migrationskrise von 2015 bescherte der AfD einen gesicherten Wiedereinzug in 2017, nachdem die eigentlich zur Parteigründung Anlass gebende Eurokrise zu diesem Zeitpunkt schon wieder weitgehend abgeklungen war.³

Aber es sind auch themenunabhängig die Mechanismen des deutschen Wahl- und Parteiengesetzgebung mit ihrer großzügigen Regelungen für alle, die die Anfangshürden genommen haben, und die Opportunitäten, die der deutsche Föderalismus bzw. auch das europäische Mehrebenensystem bieten, die zu einem ‚Klinkeneffekt‘ der Parteienfragmentierung führen: hat man die Hürden parlamentarischer Repräsentation erst einmal genommen, die ja auch darin liegen, dass Wähler überzeugt sein müssen, ihre Stimmen seien nicht verschwendet, wenn sie an eine neue, zunächst kleinere Partei gehen, ist der ‚Verbleib‘ im Parteiensystem deutlich wahrscheinlicher als das Verschwinden einer Partei aus ihm. Darin unterscheidet sich die deutsche Entwicklung etwa vom französischen oder italienischen Fall, bei dem Neugründungen von Parteien schneller erfolgen, dann aber auch wieder schneller verschwinden). Somit zeigt sich in Deutschland ein Bild stufenweise zunehmender Parteienfragmentierung (siehe Abbildung 1). Bei erhöhter Volatilität der jeweiligen Stimmenanteile hat dies substantielle Auswirkungen auf noch mögliche Koalitionsbildungen, auf die politische Stabilität des Landes allgemein – insbesondere, wenn der letzte ‚Neuankömmling‘ im deutschen Parteiensystem eine doch von den Stimmenanteilen mittlerweile zu den ehemaligen ‚Volksparteien‘ tendenziell aufschließende ‚Paria-Partei‘ ist, mit der keine andere Partei eine Koalition eingehen möchte.

3. Gauland bezeichnete entsprechend die Migrationskrise 2015 als ‚Geschenk an die AfD‘, verfügbar auf: www.spiegel.de.

Abbildung 1: Die Stimmenstärke der Parteien seit der ersten Bundestagswahl von 1949 bis zur letzten von 2021



Quelle: eigene Darstellung.

Für diesen vorerst letzten Neuankömmling im deutschen Parteiensystem, die rechtspopulistische AfD, gilt genauso wie für die Grünen Anfang der 1980er oder die PDS (später Die Linke) Anfang der 1990er, dass ihr Aufkommen auf das partielle Außerkraftsetzen von im deutschen Wahlrecht eigentlich bestehenden Wahlhürden fußt. Die Alternative für Deutschland gründete sich im Kontext der Eurokrise im Protest gegen die Eurorettungspolitik der Bundesregierung, gegen den Bruch der no-bailout-Regeln des Maastrichter Vertrages und aus Angst vor einer europäischen Haftungsgemeinschaft. Die AfD verpasste es in der Bundestagswahl von 2013 nur knapp, im 18. Deutschen Bundestag mit Abgeordneten repräsentiert zu sein - mit 4,7 Prozent der Stimmen fehlten nicht mehr als gut 125.000 Stimmen um die Fünfprozenthürde zu überspringen. Aber ihr gelang dann ein Jahr später bei den Europawahlen der Einzug in das Europäische Parlament, mit sieben Abgeordneten. 2011 hatte das Bundesverfassungsgericht die Fünfprozentklausel für Europawahlen für verfassungswidrig erklärt, so dass die EP-Wahlen von 2014 (wie auch die nachfolgenden von 2019) in Deutschland ohne jede Sperrklausel abgehalten wurden. Die Einführung einer Dreiprozentklausel, die kurz vor der Europawahl die aufgehobene Fünfprozenthürde hätte ersetzen sollen, war ebenfalls am Bundesverfassungsgericht gescheitert. So reichten nun in der 2014er Wahl 0,5 Prozent der Stimmen für ein Mandat in Brüssel, als faktisches (natürliches) Quorum. Das heißt, bei 96 deutschen Sitzen im Europaparlament und etwa 30 Millionen gültigen Stimmen

reichten für einen Sitz 312.500 Stimmen. Zwar hätte in der Europawahl von 2014 die AfD, die 7,1 Prozent der Stimmen erhielt, beide, die Dreiprozent- wie die Fünfprozenthürden, überwunden. Aber die Aufhebung der Sperrklausel für Europawahlen war trotzdem nicht völlig belanglos, weil Wähler von vornherein von der Sorge befreit waren, ihre Stimme könnte verschwendet sein, Überlegungen, die bei Gelten einer Sperrklausel einer neuen Partei wie der AfD vermutlich Stimmen gekostet hätten.⁴

Wie also schon 1979 im Falle der Grünen spielten Europawahlen und die mit ihnen jeweils gelockerten Repräsentationshürden (sowie nachfolgend dann die großzügige Ressourcenausstattung europäischer Parteien) im Prozess der Fragmentierung des bundesdeutschen Parteiensystems erneut eine Rolle. In den Bundestagswahlen von 2017 gelang den Rechtspopulisten dann auch der Erfolg auf nationaler Ebene – in der Zwischenzeit hatten sie in allen Länderparlamenten ebenfalls Einzug erhalten (momentan sind sie in 14 von 16 repräsentiert – in Bremen waren die Listenvorschläge für die letzte Bürgerschaftswahl 2023 ungültig, in Schleswig-Holstein scheiterte die AfD an der Fünf-Prozent Hürde).⁵

Auf eben diesen Zusammenhang zwischen leichter zu gewinnenden europäischen und nachfolgenden nationalen Wahlen scheint auch der Zeitplan von Sahra Wagenknecht in Hinblick auf eine baldige Neugründung einer weiteren Partei (ausgehend vom Bündnis Sahra Wagenknecht vom 23. Oktober) abzielen, die dem linken bis links-populistischen Spektrum zuzuordnen wäre.⁶ Ihre Strategie spekuliert wahrscheinlich auf einen Erfolg ihrer neuen Partei in der Europawahl im Juni 2024 (bei der in Deutschland nun eine Zweiprozenthürde herrscht). Nachfolgend, so das Kalkül, könne die Partei von der gesteigerten medialen Aufmerksamkeit profitieren, den dieser Erfolg einer neuen Partei zeitigen würde. Damit wären Hoffnungen auf eine Welle der Zustimmung verbunden, durch die ihr ebenfalls der Einzug in die Parlamente von Sachsen, Thüringen und Brandenburg in den im September des Jahres stattfindenden Landtagswahlen gelingen könnte. Das wäre dann möglicherweise ein komfortabler Ausgangspunkt für eine

4. Dieses Jahr, im Juni, hat der Bundestag nun eine Zwei-Prozent-Hürde in Europawahlen, mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit gefolgt; parallel dazu gibt es den Vorstoß des EU-Parlaments zur Reform der Wahlrechts für das Europaparlament, der eine 3,5 Prozent Sperrklausel für größere Mitgliedsländer vorsieht.

5. Baden-Württemberg: seit 2016, Bayern: seit 2018, Berlin: seit 2016, Brandenburg: seit 2014, Bremen: 2015–2023, Hamburg: seit 2015, Hessen: seit 2018, Mecklenburg-Vorpommern: seit 2016, Nordrhein-Westfalen: seit 2017; Niedersachsen: seit 2017, Rheinland-Pfalz: seit 2016, Saarland: seit 2017, Sachsen: seit 2014, Sachsen-Anhalt: seit 2016, Schleswig-Holstein: 2017–2022, Thüringen: seit 2014.

6. Der skizzierte Zusammenhang zwischen Europawahlen und nationalen Wahlen ist allerdings keine deutsche Besonderheit. Es ist von besonderer Ironie, dass Europa ein wichtiger Faktor bei dem Aufstieg der oft anti-europäischen neuen Parteien ist. Vom Mechanismus vergleichbar, hat auch das Verhältniswahlrecht zum Europaparlament in Frankreich und England Parteien wie dem FN (jetzt Rassemblement) und der UKIP bzw. Brexit-Party in den Europawahlen Erfolge ermöglicht, die ihn heimisch unter den Regeln der Mehrheitswahl verwehrt waren. Von Europa aus haben diese Parteien dann stark auf die nationale politische Agenda zurückgewirkt. Die EU befördert also auf eine paradoxe Weise den Erfolg ihrer Gegner.

erfolgreiche Beteiligung an den Bundestagswahlen von 2025. Sollte dieser Plan Realität werden, hätte dies eine weitere Fragmentierung des deutschen Parteiensystems zur Folge (Klingemann and Wessels 2001). Allerdings ist vorauszusehen, dass der Eintritt einer solchen neuen Partei wohl von dem Herabsinken der Partei Die Linke in die politische Bedeutungslosigkeit begleitet wäre, so dass die *effektive Größe* des deutschen Parteiensystem (Laakso and Taagepera 1979) vielleicht eher unverändert bliebe durch die mögliche Neugründung einer links-populistischen Partei.

So zeigt sich das deutsche Parteiensystem heute weit entfernt von seiner einstigen Übersichtlichkeit: Es setzt sich heute zusammen aus zwei ehemaligen, aber im stetigen Niedergang begriffenen Volksparteien von Mitte-Rechts und Mitte-Links, den Christ- und Sozialdemokraten, dazu einer sich prekär an der Fünf-Prozent-Hürde entlang hangelnden liberalen Partei, der FDP, dazu noch einer Partei der neuen Mittelklasse, den Grünen, die aber bislang trotz zwischenzeitlicher ‚Höhenflüge‘ in Umfragen in den verschiedenen Bundes- und Landtagswahlen nicht erheblich über oder unter einem ungefähren Wählerpotenzial von 15 Prozent verbleiben. Hinzu kommen schließlich jeweils rechts- und linkspopulistische Parteien – mit zuletzt sehr starkem Zustimmungszuwachs für die Rechtspopulisten und einem stetigen Niedergang der *Die Linke*.⁷ Es ist offen, ob die Freien Wähler, die in den letzten Jahren in Landtagswahlen zu einer starken regionalen Kraft geworden sind, sich auch noch dazu entschließen, zur Bundestagswahl 2025 anzutreten.

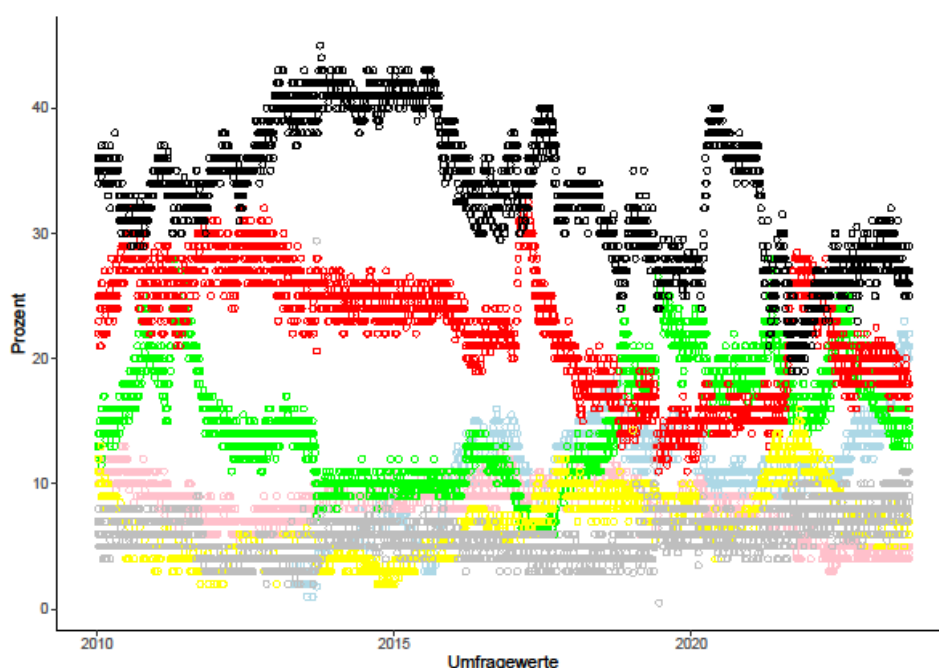
Der Aufstieg der Rechtspopulisten auch in der jetzigen Größenordnung ist zwar im europäischen Vergleich nicht außergewöhnlich. Für ein lange Zeit über stabile Zweierkoalitionen verfügendes politisches System wie dem deutschen und vor dem Hintergrund eines von politischer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität geprägten Selbstbildes wird diese Entwicklung in Deutschland selbst aber als hochdramatisch verhandelt. Das ist sicherlich insofern nicht ganz unbegründet, weil viele bundesdeutsche Institutionen, vom Verfassungsgericht bis hin zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, auf dieses Ausmaß der Fragmentierung der Parteien und der Polarisierung der politischen Auseinandersetzung nicht eingerichtet sind. Ihr Funktionieren steht somit ebenfalls in Frage und weist zunehmend Risse auf. So gilt für die momentane Lage in Deutschland: ‚gerät die Politik ins Rutschen, rutschen alle Institutionen mit‘ (Christoph Möllers).

Es ist ebenfalls nicht weiter überraschend, dass in einem fünf- oder sechs-Parteiensystem Wählerwanderungen und Schwankungen der Stimmenanteile zunehmen, insgesamt mehr Volatilität vorherrscht (siehe Abbildung 2). Das geht einher mit späteren Wahlentscheidungen, abnehmender Parteienidentifikation und einem steigenden Anteil der bis

7. In einer vergleichenden Klassifikation wird die deutsche Die Linke auch jetzt schon als eine linkspopulistische Partei geführt (Roodujin *et al.* 2019).

zuletzt unentschlossenen Wähler. Eine abnehmende Wahlbeteiligung ist hingegen nicht zu verzeichnen, zumindest nicht als säkularer Trend,⁸ nicht zuletzt auch, weil die starke Politisierung und Polarisierung in Zeiten des Populismus die zuvor dem politischen Prozess Entfremdeten, Apathischen, Zurückgezogenen zumindest zum Teil wieder in ihn zurückgeholt hat.

Abbildung 2: Umfragewerte der Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne, AfD, Die Linke, andere) seit 2010 bis September 2023



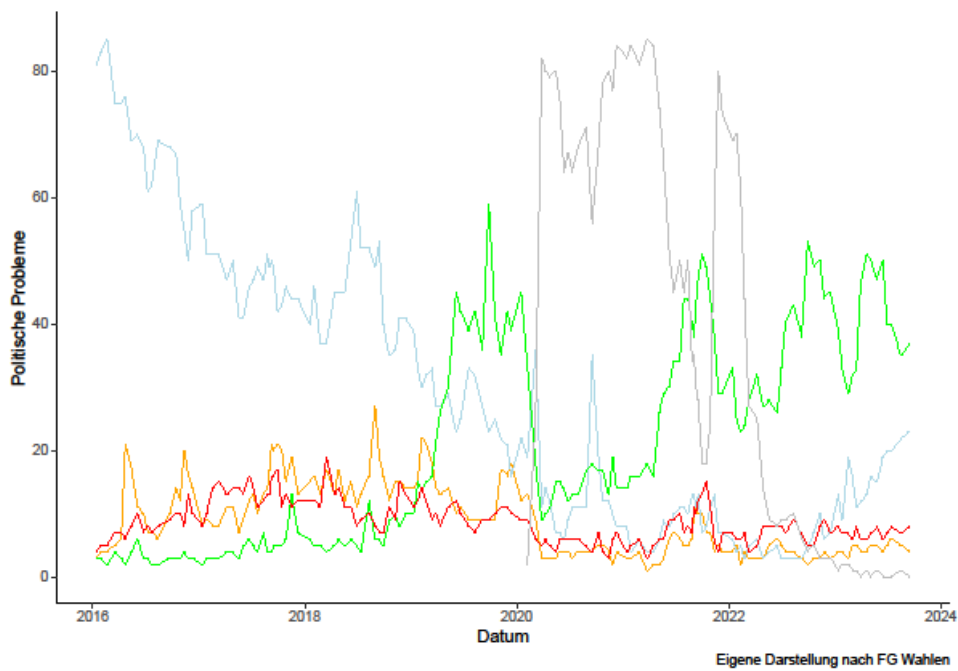
Quelle: eigene Darstellung.

Wenn man nun abschließend die gegenwärtig für am Drängendsten gehaltenen politischen Probleme betrachtet, sticht die Wiederkehr des Migrationsthemas ins Auge, das nun auch in Deutschland erneut stark die politische Agenda bestimmt, neben der Frage des Klimawandels, hierbei mit eingeschlossen Fragen der Energie-Transformation in ihren starken Auswirkungen auf den engsten privaten Lebensbereich. Das Klimathema ist dadurch mittlerweile keines mehr, von dem die Grünen besonders profitieren könnten. Ganz im Gegenteil: Nach den sehr hitzigen öffentlichen Debatten um das Energieeffizienzgesetz mit seinen für Hausbesitzer sehr weitreichenden und sehr kurzfristigen Umrüstungsvorschriften, ist es zu einem Thema geworden, bei dem sich die Grünen den Unmut vieler Wähler zugezogen haben. Damit hat es eher den populistischen Rändern genutzt. Angesichts dieser Themenkonjunkturen zeichnet sich für das deutsche Parteiensystem in Bezug auf Polarisierung

8. Wahlbeteiligung bei den letzten acht Bundestagswahlen: 1994: 79 %; 1998: 82,2 %; 2002: 79,1 %; 2005: 77,7 %; 2009: 70,8 %; 2013: 71,5 %; 2017: 76,2 %; 2021: 76,6 %.

und weiterer Erosion der Mitte für die nächste Zeit keine substantielle Trendumkehr an.

Abbildung 3: Die wichtigsten politischen Probleme in Deutschland, Umfrageergebnisse seit Januar 2016 (Migration; Corona; Klima; soziale Gerechtigkeit; Renten)



Quelle: eigene Darstellung.

Der Aufstieg des Populismus in der Bundesrepublik: Erklärungsmuster

Wenig überraschend löste der elektorale Erfolg einer rechtspopulistischen Partei in Deutschland nicht nur internationales Aufsehen und Besorgnis, sondern auch sehr umfangreiche Forschungsaktivitäten aus. In ihnen stand vor allem die Klärung der Fragen nach den Determinanten des Erfolgs der Partei, insbesondere die Frage nach *dem* populistischen Wähler (tatsächlich häufiger *der* Wähler als *die* Wählerin) und nach seinen Motiven und Einstellungen im Vordergrund. Die empirische Forschung hat eigentlich alle denkbaren Erklärungsfaktoren für die Entstehung von Populismus betrachtet⁹: Geschlecht, Alter, Bildung, Konfession, Wohn- und Arbeitsort (etwa auch Entfernung zum nächsten Krankenhaus), Einkommen, Beschäftigungsstatus bzw. Abhängigkeit von Sozialtransfers, Kontextvariablen wie Ausländeranteil oder Zu- oder Abwanderungssalden der Region, eine Bandbreite an Einstellungen (autoritäre Neigungen, Fremdenfeindlichkeit, Narzissmus etc.) – nicht zuletzt historische Variablen wie die Intensität des Kulturkampfs zwischen Staat und katholischer Kirche im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (Haffert 2022b) oder der Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der NSDAP im Jahr 1933 und dem Erfolg der AfD im Jahre 2017 (Cantoni *et al.* 2019). Was vor allem die Einstellungsforschung angeht, so sehen sich die einschlägigen Studien mit dem substantiellen Problem krasser Unterrepräsentation von selbst-erklärten AfD-Wählern in den gängigen Umfragen der Sozialwissenschaften (etwa Sozio-ökonomisches Panel [SOEP], Allbus, German longitudinal election study [GLES]) konfrontiert.¹⁰ Hier spielen Probleme der ‚sozialen Erwünschtheit‘ von Antworten ebenso eine Rolle wie die Weigerung vieler AfD-Wähler, sich an Umfragen der Sozialwissenschaften zu beteiligen, halten sie diese doch für einen Teil ‚des Systems‘ und des Elitenkartells und lehnen sie entsprechend ab.

9. Als kleine, unrepräsentative Auswahl etwa Arzheimer 2015; Arzheimer and Berning 2019; Berbuir *et al.* 2015; Bermann *et al.* 2017; Diermeier 2020; Hansen and Olsen 2019; Lengfeld 2017, 2018b, 2018a; Lux 2018; Manow 2018; Manow and Schwander 2020, 2022; Schmitt-Beck 2014; Tutic and von Hermanni 2018)

10. Es gibt eine Veröffentlichung in einer renommierten soziologischen Fachzeitschrift, deren (weitgehenden und massenmedial breit rezipierten) Befunde auf insgesamt 58 Beobachtungen beruhen, was dann angesichts der verschiedenen getesteten Variablen sehr schnell auf ausgesprochen kleine Zellbesetzungen hinausläuft (Lengfeld 2017, 2018a; Lux 2018; Tutic and von Hermanni 2018).

Angesichts dieser Situation erscheint die Verbindung von politischen Prozessdaten, etwa von Wahldaten, mit Strukturdaten, d.h. vor allem sozio-ökonomischen Informationen über die ‚Raumeinheiten‘, in denen Informationen über Wahlergebnisse vorliegen, in vielerlei Hinsicht robustere und aussagekräftigere Befunde über die Determinanten des rechtspopulistischen Wahlverhaltens liefern zu können als die gängigen sozialwissenschaftlichen Umfragen. Insbesondere erlauben es diese Daten auch, die räumlichen und soziale Effekte etwa von wirtschaftlichen Wandlungsprozessen zu messen, und vermeiden die implizite Annahme ihrer nur jeweils individuellen Betroffenheit, die mit in Umfragen erhobenen Individualdaten gemacht werden (Manow 2018). Anders und beispielhaft formuliert: Eine große Werksschließung führt vor Ort zur Arbeitslosigkeit, die man dann vielleicht über den Arbeitslosenstatus einer befragten Person ermitteln kann, falls sich eine solche Person zufällig unter den Befragten einer Umfrage befindet. Aber eine solche Werksschließung ist ja im Regelfall ein regionales Ereignis, das nicht nur auf die direkt Beschäftigten Auswirkungen hat, sondern auf Familien, auf die Kaufkraft einer ganzen Region, damit auf alle Einzelhändler, Handwerkerbetriebe etc. Diese Auswirkungen bekäme man durch räumliche Daten sehr viel besser in den Blick als durch Umfragedaten.

Hinsichtlich der Einstellungsforschung ergibt sich zudem das Problem, dass politische Einstellungen in gewisser Weise ‚zu dicht‘ an politischen Handlungen sind, wie etwa dem Wahlverhalten, und damit potenziell eher tautologische Erklärungen liefern. Es wird dann als ‚Befund‘ dargestellt, dass Personen, die Migration ablehnen, Parteien wählen, die Migration ablehnen – während der Frage, was diese migrationsablehnende Einstellung denn möglicherweise determiniert, nicht mehr gestellt wird. Der Erfolg der AfD wird dann damit ‚erklärt‘, dass es viele Wähler mit falschen Einstellungen gibt.

Insgesamt kommen die empirischen Studien dort, wo sie übereinstimmen, zu nicht sonderlich überraschenden Befunden. Der AfD-Wähler, das zumindest findet sich in den Analysen der Bundestagswahlen von 2017 und 2021 (nicht bereits 2013, als die AfD noch eher eine eurokritische ‚Professorenpartei‘ war) ist eher männlich, die Neigung zur AfD-Wahl nimmt mit höheren Bildungsabschlüssen, und davon natürlich nicht ganz unabhängig, mit höherem Einkommen ab. Aber bereits bezüglich des Alters entsprechen die Befunde nicht mehr gänzlich gängiger Annahmen, wie etwa dem Bild des ‚mittelalten weißen Mannes‘ mit Statusproblemen und autoritärem Charakter. In der letzten Bundestagswahl zeigten sich die professionellen Beobachter überrascht, dass sowohl FDP als auch AfD unter jungen Wähler überdurchschnittlich abschnitten. Dass viele jüngere Wähler rechtspopulistisch wählen, was mit der These vom kulturellen Backlash nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, hat sich auch in den beiden jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Bayern erneut bestätigt. Auch der oft geäußerten Annahme, unter den AfD-

Wählern seien vor allem die Abgehängten, Prekären, die Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer zu finden, widersprechen die robusten Befunde, dass etwa Arbeitslosigkeit einen *negativen* Einfluss auf die AfD-Wahl hat, und dass generell zwar hohe Statusgruppen unterdurchschnittlich häufig die rechtspopulistische Partei wählen, aber eben auch Menschen, die einer niedrigeren Statusgruppe zugehörig sind (s.u.).

Lange hat die Literatur sich abgearbeitet an einer Gegenüberstellung von kulturellen oder ökonomischen Faktoren und oft wurde per Umkehrschluss argumentiert: wenn sich keine eindeutigen Befunde hinsichtlich des Einflusses ökonomischer Deprivation auf die Wahl(absicht) für die Rechtspopulisten ergeben, dann könne diese Wahl nur mit kulturalistischen Einstellungen erklärt werden (vgl. zuletzt Diermeier 2020). Und da erhobene politische Einstellungen immer nahe an dem erhobenen politischen Verhalten, hier also Wahl der Rechtspopulisten, liegen, begnügten sich viele Studien damit, das eine mit dem anderen zu erklären. In der Forschung verfestigte sich schnell das Bild vom ‚zurückgebliebenen‘, ‚Ressentiment-getriebenen‘ AfD-Wähler – was auch in der politischen Debatte unmittelbar Einzug fand. Dieser Umstand beruhte teilweise auch methodisch auf Tautologien: wenn etwa in der German Longitudinal Election Study (GLES) der Indikator für eine autoritär-nationalistische Einstellung aus den Antworten auf die Frage nach der Befürwortung oder Ablehnung von Migration gewonnen wird, kann man nachfolgend die Wahl der AfD ganz stringent aus sozio-kulturellen Einstellungen heraus ‚erklären‘ – schließlich wurde vorher durch die Bildung des Messkonzepts ausgeschlossen, dass die Ablehnung weiterer Migration möglicherweise auch Ausdruck verteilungspolitischer Motive und Interessen sein könne. So bewegte sich eine Forschung im Kreis ihrer teils manifesten, teils latenten Vorannahmen.

Bei allen methodischen und konzeptionellen Problemen zeigte sich jedoch in den einschlägigen Untersuchungen übereinstimmend, dass es in Deutschland eben nicht die Abgehängten, die Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierer sind, die überdurchschnittlich häufig unter den AfD-Wählern zu finden wären – was aus international vergleichender Perspektive dann doch bedeutsam und bemerkenswert ist (s.u.). Simple Erklärungen, die auf wachsende soziale Ungleichheit, oder ein starkes Anwachsen prekärer Beschäftigung abstellen, scheinen in Deutschland daher eher wenig zur Erklärung des Aufkommens des populistischen Phänomens beitragen zu können. Generell lässt sich der Aufstieg der AfD schwerlich vor dem Hintergrund einer ökonomischen Krise erklären – nie war die subjektive Einschätzung des Risikos, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, in Deutschland so gering wie im September 2017 (Lengfeld 2018b), zu dem Zeitpunkt, als die AfD in der Wahl vom 24. September 12,6 Prozent der Stimmen erhielt. Die These des US-Amerikanischen Wirtschaftshistorikers Barry Eichengreen, „populist revolts rarely arise in

good economic times“ (Eichengreen 2018), mutet nicht nur vor dem Hintergrund der deutschen, sondern auch vor dem der polnischen oder ungarischen Entwicklung als eher absurd an.¹¹

Im Vergleich etwa zur französischen Entwicklung, aber auch zu der in Großbritannien oder den USA, zeichnen sich aber in Hinblick auf diesen Nicht-Befund, also der Nicht-Bestätigung der Globalisierungsverlierererklärung, doch Besonderheiten ab. Anders als in Frankreich (oder GB, USA) lässt sich in Deutschland kein sehr starkes Stadt-Land-Gefälle hinsichtlich der Wahl von Rechtspopulisten feststellen. Das hat sicherlich mit einer deutlich weniger zentralisierten und regional konzentrierten Verteilung von politischer und ökonomischer Macht zu tun. Die Struktur der deutschen mittelständischen Wirtschaft, mit vielen Weltmarktführern in Familienhand in eher ländlichen Regionen wie Westfalen und Sauerland oder Baden-Württemberg, verteilt ökonomische Prosperität viel gleicher im Land, als das etwa in dem von den großen Metropolregionen dominiertem Frankreich oder Großbritannien (Großräume Paris oder London) der Fall ist. Die Ausgleichsmechanismen des deutschen Föderalismus zeichnen darüber hinaus dafür verantwortlich, starke regionale Disparitäten und starke Stadt-Land Gegensätze abzumildern. Es gibt sie ohne Zweifel (Haffert 2022a), und im Übergang zur Wissensökonomie (*knowledge-economy*) nehmen sie sicherlich eher zu, sie sind aber in Deutschland im Vergleich viel weniger ausgeprägt, und sie tragen daher auch relativ wenig zur geographischen Verteilung des populistischen Protests bei –viel weniger zumindest als in Frankreich (Guilluy 2015, 2018) oder in England (Becker *et al.* 2017; Carreras 2019; Clarke *et al.* 2017; Colantone and Stanig 2018).

In diesen Zusammenhang gehört, dass Deutschland seit 2005 ein starker Globalisierungsprofiteur war, und anders als in England oder den USA, keinem China-Shock ausgesetzt war, der ganze Landstriche de-industrialisierte (wie den Mittleren Westen in den USA, dem neuen Trump-Country, oder Englands Norden). Im Gegenteil, von dem starken chinesischen Wirtschaftswachstum nach Chinas Eintritt in die WTO profitierte die deutsche Wirtschaft immens ebenso wie ab 2004 von der EU-Osterweiterung (Marin 2010). Bemerkenswert ist daher auch für den deutschen Fall, dass die AfD insbesondere in den eigentlich prosperierenden Regionen in Deutschlands Süden, in Bayern und Baden-

11. Seit 2005 in Deutschland kontinuierlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit und beständiges Wachstum der Beschäftigung, lange Phase stabilen Wachstums, die sich zuletzt auch in der Reallohnentwicklung niederschlug. Ähnliches zeigt sich für Polen oder Ungarn, mit langen Phasen sehr hohem und sehr stabilem Wachstum. Beide Ländern haben sich in der Zeit rechtspopulistischer Regierungen (Ungarn seit 2010, Polen seit 2015) wirtschaftlich sehr robust entwickelt, in Ungarn und Polen mit BIP-Wachstumsraten von 5,4 % bzw. 5,9 % im Jahr 2018! Bis 2021 ist das durchschnittliche Pro-Kopf Bruttoinlandsprodukt unter der PiS-Regierung, also seit 2015, um 5.500 US\$ gestiegen, und exakt um den gleichen Betrag unter der Fidesz-Regierung, also seit 2010. Alles das passt mit einer Erklärung, die auf schwere ökonomische Verwerfungen abzielt, nicht zusammen.

Württemberg und auch in Sachsen, 2017 große Erfolge feiern konnte, und sich dieses Bild 2021 wesentlich bestätigte. Während die bundesdeutsche Debatte um den Aufstieg der Rechtspopulisten insbesondere auf die ganz signifikanten Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern, also zwischen West und Ost, fokussierte, hat der eigentlich bemerkenswerte Umstand, dass der Westen wie der Osten gleichermaßen von einem Nord-Süd Gefälle geprägt sind, deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit erhalten – wobei das Nord-Süd Gefälle eben zugleich eigentlich ein Wohlstandsgefälle ist (Manow 2018, 2021). Dies zeigt ebenfalls, dass die verbreitete These von den populistischen Wählern als Globalisierungsverlierer für den deutschen Fall verfehlt erscheint (vgl. etwa Grande and Kriesi 2012; Kriesi *et al.* 2008a; Kriesi *et al.* 2008b). Dass sich das aber gerade ändert, dass das deutsche Wirtschaftsmodell mit dem veränderten weltwirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld besondere Probleme hat und unter besonderem Anpassungsdruck steht, und so auch die vormaligen Globalisierungsgewinner nun in größerem Ausmaß zu Verlierern (teilweise der Ent-Globalisierung) werden könnten, lässt für das Ausmaß des zukünftigen populistischen Protests nichts Gutes erwarten.

Deutschlands Nord-Süd-Gefälle traf in der öffentlichen Debatte bislang jedoch kaum auf substantielles Interesse, der West-Ost Unterschied dafür umso mehr. Für ihn kann man natürlich einerseits eine generell geringerer Parteienbindung und geringer Parteiidentifikation und eine Skepsis gegenüber staatlichen Instanzen in den neuen Bundesländern verantwortlich machen. Bedeutsamer sind aber die Langfristfolgen der oft äußerst schmerzhaften Transformationserfahrungen nach 1990, die den sich auf etwa 10 bis 12 Prozentpunkte belaufenden Unterschied zwischen Ost und West in der Wahlwahrscheinlichkeit der AfD erklären (Manow and Schwander 2022).¹²

In der Auswertung von politischen Prozessdaten mit sozio-ökonomischen Strukturdaten zeigte sich für die Bundestagswahl von 2017, dass Arbeitslosigkeit, marginale Beschäftigung *negativ*, Standardbeschäftigung hingegen *positiv* mit dem Zweitstimmenanteil der AfD verbunden ist, und dass verschiedene Deprivationsindikatoren, Stadt-Land Unterschiede, Information zur Zu- oder Abwanderung, allesamt keinen starken Einfluss auf die abhängige Variable (Zweitstimmenanteil der AfD) zeitigten. Diese und andere Befunde deuten darauf hin, dass spätestens ab der Migrationskrise von 2015 sich in der AfD-Wahl eher eine ablehnende Haltung von Arbeitsmarktinsidern, nicht Outsidern, gegenüber Migration artikuliert (das wiederum ein Muster, das man in anderen europäischen Ländern, insbesondere in Skandinavien, ebenfalls findet (Dal Bó *et al.* 2018). Hierzu passt die geographische Verteilung, dass die

12. So kann Arbeitslosigkeit im Jahre 2017 den AfD-Zweitstimmenanteil in den neuen Bundesländern überhaupt nicht erklären, aber das Niveau der Arbeitslosigkeit um 2000 ist hoch signifikant für die Erklärung der AfD-Wahl siebzehn Jahre später (vgl. Manow 2018: 90-95)!

AfD dort stark ist, wo das deutsche industrielle Modell weiterhin floriert, im Süden der Republik – und zwar im Süden sowohl des Westens (Bayern, Baden-Württemberg), wie auch des Ostens (insbesondere Sachsen).

Wenn man die Analyse der Charakteristika der AfD-Wählerschaft für die Bundestagswahl von 2017 repliziert für die Bundestagswahl von 2021, unter der Fragestellung, ob sich die früheren Ergebnisse für die nachfolgende Wahl bestätigen lassen, dann zeigt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1 Datenauswertung zum Zweitstimmenanteil der AfD 2017 und 2021 im Vergleich

Abhängige Variable	AfD Zweitstimmenanteil 2021	AfD Zweitstimmenanteil 2017
Unabhängige Variablen		
Anteil Arbeitsloser	-0.357*	-0.118
	(0.175)	(0.275)
Anteil Sozialversicherungspflichtig Beschäftigter	20.78***	19.17***
	(5.484)	(5.685)
Ostdeutschland	12.73***	12.81***
	(2.310)	(2.400)
Einkommenssteueraufkommen	-0.0115**	-0.000253
	(0.00412)	(0.000593)
Anteil Langzeitarbeitsloser	-0.000274	-0.0353
	(0.0114)	(0.0666)
Konstante	3.554	1.504
	(2.749)	(4.191)
Beobachtungen	4,393	4,396
R²	0.772	0.651

Robuste Standardfehler in Klammern; *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

Quelle: eigene Darstellung.

Untersucht wurde der Einfluss ausgewählter ökonomischer Faktoren auf die Unterschiede im AfD-Zweitstimmenanteil in den nahezu 4.400 Gemeindeverbänden. Die Tabelle vergleicht die Ergebnisse für die Bundestagswahl von 2017 mit der Wahl vier Jahre später, der Bundestagswahl im September 2021. Der Vergleich der beiden Wahlen zeigt ein nahezu unverändertes Bild. Alle untersuchten Faktoren¹³ – alle diese Faktoren blieben 2021 im Vergleich zu 2017 im Wesentlichen gleich. Sie bleiben gleich in ihrer Wirkungsrichtung – positiv, wenn etwa ein höherer Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den 4.400 Gemeindeverbänden mit einem höheren AfD-Zweitstimmenanteil einhergeht, oder negativ, wenn etwa höhere Arbeitslosigkeit zu einem geringeren AfD-Stimmenanteil führt.

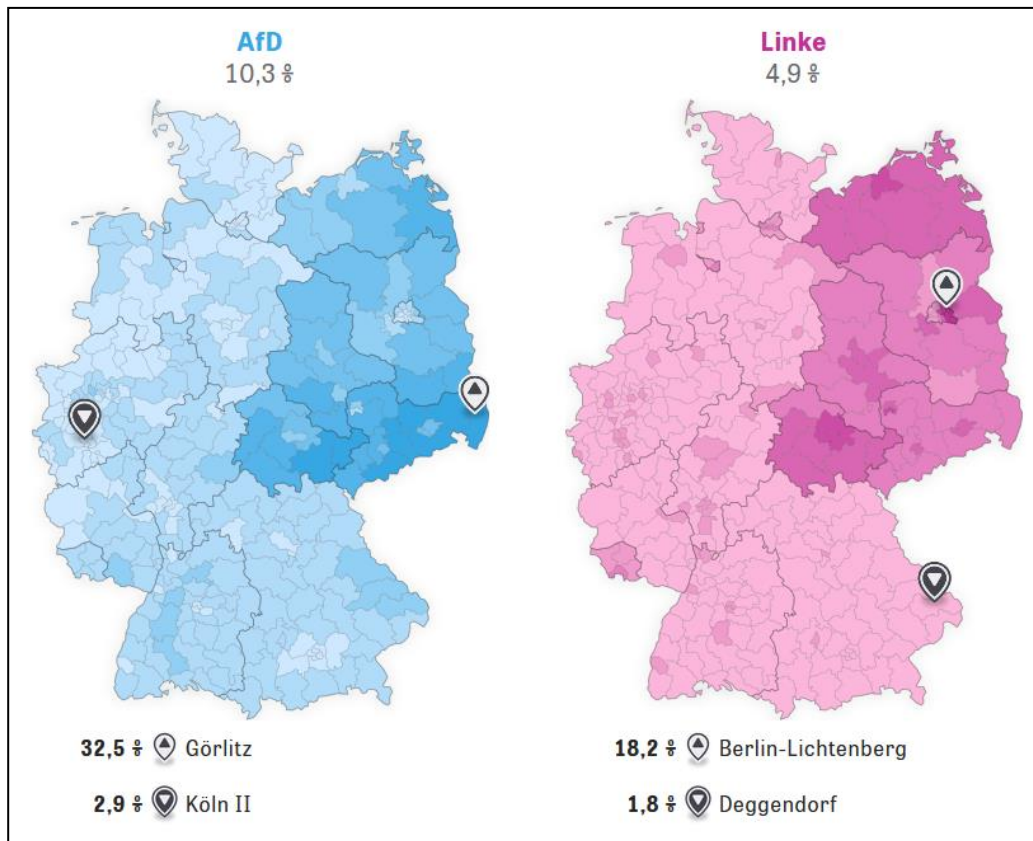
Der *negative* Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit, dem Anteil von Mini-Jobs¹⁴ oder der positive Zusammenhang zwischen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und dem AfD-Stimmenanteil spricht recht eindeutig gegen die These, die AfD sei die Partei der Abgehängten, Prekarisierten, ökonomisch Marginalisierten etc. Vielmehr scheinen sich Wähler eher aus dem Kreis der regulär Beschäftigten zu rekrutieren. Robust ist natürlich der Unterschied zwischen dem ostdeutschen und westdeutschen Wahlgebiet (in der Größenordnung von einem um 12 Prozent höheren Zweitstimmenanteil der AfD im Osten).

Insgesamt legt das, auch in Verbindung mit Auswertungen der German Longitudinal Election Study und in Hinblick auf das geographische Muster der Verteilung der Zweitstimmen (siehe Abbildung 4), eine Interpretation nahe, nach der Mitglieder der unteren Mittelschicht und Arbeiterschicht seit 2015 vor allem Protest gegen Migration artikulieren. Während in den neuen Bundesländern die sehr schmerzhaften biographischen Transformationsepisoden lange nachwirken, und durch politische Vorkommnisse wie die Agenda 2010-Reformen oder die Entscheidung, 2015 die Grenzen zu öffnen das Gefühl in Teilen der Bevölkerung befeuert wurde, dass eine Politik auf ihre Kosten gemacht wird (Manow 2018; Manow and Schwander 2020; Manow 2021), spielt in den westdeutschen Ländern eine als zunehmend wahrgenommene ökonomische bzw. sozialstaatliche Unsicherheit eine Rolle, weil sich Deutschland in der Wahrnehmung dieser Milieus von dem Bismarckschen Modell der Statussicherung durch die Agenda 2010 verabschiedet hat.

13. Diese Faktoren betreffen den Anteil der Arbeitslosen, den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den Unterschied zwischen dem westdeutschen und ostdeutschen Wahlgebiet, die Höhe des Anteils von Langzeitarbeitslosen, den ‚Wohlstand‘ eines Gemeindeverbandes, dem man sich durch eine Variabel, wie Einkommenssteueraufkommen annähern kann.

14. Hier nicht mit in die Regressionstabelle aufgenommen, weil Vergleichsdaten für 2017 fehlen.

Abbildung 4: Geographische Verteilung der Zweitstimmen für AfD und Linke, Bundestagswahl 2021



Quelle: eigene Darstellung.

Für Deutschland stellt das Phänomen der deutschen Einigung ohne Zweifel eine Besonderheit dar. Aber das vorher gezeichnete Bild der Abstiegsängste vor dem Hintergrund von Wohlfahrtsstaatsreformen, die den besonderen sozialstaatlichen Statusschutz von Arbeitern einschneidend reduziert haben, in Verbindung mit einem hohen Aufkommen an Migration, ähnelt beispielsweise dem in skandinavischen Ländern. Diese Staaten stehen vor ganz ähnlichen Herausforderungen aufgrund ihres ökonomischen Wachstumsmodells sowie des damit in Zusammenhang stehenden generösen Wohlfahrtsstaats, der Migration strukturell begünstigt. Insofern stellt sich die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der deutschen Situation im Vergleich zu einem breiteren europäischen Kontext existieren.

Deutschlands Lage im europäischen Kontext: eine ‚nachholende‘ Normalisierung

In der Literatur wird der Aufstieg der neuen Protestparteien auf der Linken und der Rechten insbesondere als Ausdruck einer neuen, transnationalen Spaltungslinie verstanden (Hooghe *et al.* 2002; Hooghe and Marks 2009, 2017; Marks *et al.* 2006). Im Zeitalter der Globalisierung, so die dominante Deutung, mobilisieren diese Parteien deren potenzielle oder tatsächliche Verlierer, also diejenigen, die vom Verlust nationalstaatlicher Grenzen ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen oder ihre Identität verletzt oder bedroht sehen.

Versteht man populistischen Protest vor allem als Reaktion auf die ‚Dekonsolidierung‘ (abnehmende Verlässlichkeit/Sicherheitsverbürgung) des Nationalstaates, auf die ökonomische Unsicherheit, die damit verbunden ist, auf die politische Entfremdung und Entmachtung, die sie bewirkt, und die kulturelle Herausforderung, die sie darstellt, dann müsste man diesen Zusammenhang dort besonders gut studieren können, wo dieser Globalisierungsprozess – ökonomisch, politisch, kulturell – am weitesten fortgeschritten ist, also am europäischen Integrationsprojekt. Tatsächlich scheinen sich die (Verteilungs-)Effekte transnationaler Schocks und die von ihnen ausgelösten politischen Folgen hier besonders konturenscharf zu zeigen. Denn man kann die EU selbst als einen solchen transnationalen Schock verstehen (Hooghe/ Marks 2017: 1-2). Die asymmetrischen Verteilungseffekte des Globalisierungsprojekts wurden insbesondere während der Finanz- und Wirtschaftskrise manifest, die sich ab 2010 zur Euro-Krise fortentwickelte. Sie fanden ihren Ausdruck in einer massiven Enttäuschung eines Versprechens auf Wohlstandsmehrung für alle durch offene Grenzen, freien Waren-, Kapital- und Personenaustausch in einem integrierten Markt mit gemeinsamer Währung, beaufsichtigt von einer am Gemeinwohl orientierten Kommission (Hooghe and Marks 2017: 6-7).

Die Eurokrise ist aber ‚nur‘ eine – vielleicht besonders dramatische – Episode in einem Prozess der Globalisierung und Internationalisierung, der über den europäischen Integrationsprozess hinausreicht. Dessen Gewinner und Verlierer formieren sich nun, so die These, hinter den entsprechenden Parteien zu einer neuen, politisch immer wichtiger werdenden Spaltungslinie, die in diesem Fall zwischen den Globalisten/ Kosmopoliten/ Integrationisten auf der einen Seite und den Nationalisten/ Kommunitaristen/ Demarkationisten auf der anderen verläuft. Andere Begrifflichkeiten bezeichnen diese Spaltungslinien populärwissenschaftlicher etwa als Gegensatz der ‚somewheres‘ und

„anywheres“ (Goodhart 2017) oder zwischen alten und neuen Mittelschichten (Reckwitz 2017), also solchen, die weniger mobil und eher lokal orientiert sind und denjenigen, die von der neuen Optionenvielfalt, etwa was Studium oder gar Berufsausübung im Ausland anbetrifft, stark profitieren können.

Es scheint jedoch problematisch, wie es die Literatur ganz überwiegend tut, dies als *einen* neuen kulturellen Konflikt zu identifizieren, als neue Entgegensetzung von Demarkation versus Integration, von autoritär versus libertär, beziehungsweise von GAL (*green, left, libertarian* [grün, links, libertär]) versus TAN (*traditional, authoritarian, nationalist* [traditionalistisch, autoritär und nationalistisch]). Denn die Widersprüchlichkeit solcher Deutungen erscheint recht evident, schließlich erkennen die gleichen Autoren, die die These von der neuen kulturellen Spaltungslinie propagieren, an, dass die Globalisierung auch ökonomische Verlierer generiert. Warum der Protest gegen die Globalisierung sich dann ausschließlich auf einer kulturellen Dimension artikulieren soll, bleibt letztlich unklar.

Aber *warum* ist es irreführend, von dem Aufstieg einer immer als kulturell verstandenen Spaltungslinie auszugehen? Das ist deswegen irreführend, weil sich ja vor allem in und mit Europa eine neue Ebene politischer Autorität und Souveränität etabliert, eine neue Ebene ‚oberhalb‘ des Nationalstaats. Das aber ist ein Vorgang, der in seiner Grundsätzlichkeit prinzipiell auf der gleichen Ebene wie der Prozess der Staatenbildung des 19. Jahrhunderts angesiedelt ist, im Zuge dessen die Nationalstaaten entstanden, die nun ‚dekonsolidieren‘. Wir sind also momentan Zeuge einer – wenn man so will – *de-nationalisierenden* Revolution, als Gegenbewegung zur nationalisierenden Revolution, in deren Zuge die verschiedenen Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und Land, Staat und Kirche sowie Zentrum und Peripherie von Land zu Land unterschiedliche Parteiensysteme ausgebildet und dann spezifische gesellschaftliche Lösungen gefunden hatten. Die Etablierung einer neuen Ebene politischer Autorität und Souveränität oberhalb des Nationalstaats beseitigt aber auch alle Problemlösungen, oder stellt sie zumindest unter sehr großen Anpassungsdruck, die historisch im Zuge der nationalen und industriellen Revolution bereits gefunden worden waren. Somit werden wir momentan Zeuge eines Vorgangs der – zumindest der Tendenz nach – *gleichzeitigen* Neuformierung von Identitäten *und* Interessen, eines Prozesses sozio-ökonomischer *wie* sozio-kultureller Transformation, einer Auflösung der in den jeweiligen Parteiensystemen und politischen Ökonomien etablierten Folgebearbeitungen *sowohl* der *nationalen* als auch der *industriellen Revolution*.

Die heutige Ent-Nationalstaatlichung muss folglich als Gegenbewegung zum Prozess der Ver-Nationalstaatlichung verstanden werden mit ihrer politische Spaltungslinien formierenden Kraft.

Die Dekonsolidierung des Staates meint damit Dekonsolidierung der im Zuge seiner Konsolidierung gefundenen politisch-institutionellen Lösungen für grundlegende politische Konfliktdimensionen. Das beschränkt sich deswegen nicht auf Konflikte in *einer* kulturellen Dimension der Politik. Es bildet sich keine neue kulturelle Spaltungslinie heraus, wie beispielsweise zwischen Kosmopoliten einerseits und den Kommunitaristen andererseits, sondern es transformieren sich potenziell *alle* Spaltungsstrukturen und richten sich neu aus. Mit anderen Worten, die gesellschaftlichen Spaltungslinien sind in grundlegendem Wandel begriffen.

Wenn das aber so ist, wenn wir momentan Zeuge einer ganz grundsätzlichen Neuformierung politischer Autorität werden, welche Folgerungen ergeben sich für die Betrachtung des deutschen Parteiensystems im Vergleich mit anderen, europäischen Parteiensystemen? Welche andere Sicht legt diese andere Deutung des neue Spaltungslinien generierenden Transformationsprozesses nahe? Zunächst ließe sich der schlechte Zustand der (ehemaligen Volks-)Parteien der linken und rechten Mitte, also von SPD und CDU/CSU, aus der Unvereinbarkeit beziehungsweise Inkongruenz jeweils *eines* Aspekts ihrer Parteiprogrammatik mit dem Globalisierungsprojekt erklären (vgl. Hooghe and Marks 2017). Dieses Globalisierungsprojekt, insbesondere in seiner Erscheinungsform als Europäisierung, repräsentiert eine spezifische Verbindung aus ökonomischem und kulturellem Liberalismus (Nancy Frasers ‚progressiver Neoliberalismus‘; s.u. Abbildung 5). Neoliberale Marktintegration (die ‚vier Freiheiten‘) steht neben einem progressiven Projekt subjektiver Rechte unter dem großen Versprechen individueller Nicht-Diskriminierung. Konservativen Parteien bereitet das Libertäre dieses Globalisierungsprojekts in der sozio-kulturellen Dimension, insbesondere auch die Unterhöhlung nationalstaatlicher Souveränität, Probleme. Für linke Parteien ist es hingegen das neoliberale ökonomische Projekt, das mit der eigenen Programmatik im Konflikt steht.

Keine konsistente, in sich schlüssige programmatische Position bezüglich des immer bedeutsamer werdenden (neo-)liberalen transnationalen Prozesses, formulieren zu können, übersetzt sich aber für beide Parteytypen in ihren elektoralen Niedergang – den wir ja für Sozial- und Christdemokratie seit den 1990er Jahren beobachten können. Wobei anzumerken ist, dass das, was als besondere Problematik erscheint, die konservative Parteien mit dem globalen/ europäischen Projekt haben, nur abgeschwächt für die Christdemokratie gilt, ist diese doch von vornherein stärker post-national geprägt gewesen – weil sie eine politische Formation ist, die im Zuge des (konfessionellen) Konflikts der katholischen Kirche mit dem Nationalstaat überhaupt erst entstanden sind (die Sozialdemokratie setzt spätestens seit 1918 in Abgrenzung zum internationalistischen Projekt des Kommunismus auf die Reform des Kapitalismus im Rahmen des Nationalstaats). Daher steht sie auch von ihrer programmatischen Ausrichtung her: pro-wohlfahrtsstaatlich, aber ökonomisch (ordo-)liberal,

weniger im Widerspruch zum globalistischen Projekt. Aber auch hier spaltet sich letztlich im Kontext der Konflikte, die der Transnationalisierungsprozess auslöst, ein konservatives Lager ab, das den Nationalstaat nicht aufgeben möchte.

Die Malaise der ehemaligen Volksparteien ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass zentristische Parteien – in Regierungsverantwortung oder mit Aussicht auf sie – sich angesichts des Bedeutungszuwachses suprastaatlicher Politik ideologisch-programmatisch, dann aber auch in ihrem Handeln, aneinander anpassen müssen, weil die Gestaltung der Politik ja kaum mehr in ihren Händen liegt, wenn „das supranationale ‚Oben‘ als Ablageplatz für nationale politische Verantwortung [fungiert], die als solche nicht mehr ausgeübt werden kann oder soll“ (Streeck 2021: 31). Die Transnationalisierung der Politik führt auf nationaler Ebene zu ihrer Entwertung und Entleerung. In Frankreich lässt sich das am Niedergang von Parti Socialiste und den Gaullisten studieren. Übrig bleibt der Konflikt der ‚anti-globalistischen‘ Rechten wie Linken (Rassemblement und La France Insoumise), und in die Leere einer implodierten Mitte stößt die personalistische Bewegung von Macron, die ein Milieu repräsentiert, das sich mit dieser Kombination aus (neo-)liberaler Wirtschaftspolitik und liberaler Gesellschaftspolitik sehr gut arrangieren kann.

Mit dem Niedergang mittiger Parteien, der alten ‚Volksparteien‘, lösen sich von ihnen damit aber zugleich neue potenzielle Wählerreservoirs, die Herausforderer, politische Entrepreneure, ‚abschöpfen‘ können, weil es ihnen möglich ist, in Hinblick auf den neuen, transnationalen Transformationsvorgang konsistente(re), ablehnende wie zustimmende Programmatiken zu formulieren. Der ‚sukzessiven Schließung des Mobilisierungsmarkts‘ (Stein Rokkan), d.h. die Etablierung stabiler Beziehungen zwischen Parteien und ihren Wählergruppen, die einst mit der Etablierung *nationaler* Parteiensysteme verbunden war, folgt daher nun eine neue Öffnungsphase, in denen Wähler den alten Parteien den Rücken kehren und sich den neuen zuwenden, und zwar sowohl solchen, die den doppelten Liberalismus des Globalisierungsprojekts begrüßen, als auch solchen, die ihn vehement ablehnen. Das sind jedoch nun Anpassungsprozesse, die nicht mehr primär durch sozial-strukturellen Wandel ausgelöst werden (wie Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, im Zuge von Ingleharts *silent revolution*; dem Prozess des Wertewandels), sondern durch einen Wandel in der Zuständigkeit für die politisch-exekutive Bewirtschaftung weitgehend *gegebener* Sozialstrukturen. Vielleicht ist es das, was diesen Prozess für uns so rätselhaft macht, weil er nicht Ausdruck eines tiefgreifenden gesellschaftlichen, sondern eines tiefgreifenden politischen Wandels ist.

In Frankreich wie in Deutschland kann man daher im Wesentlichen Zeuge eines gleichlaufenden Prozesses werden: der Aushöhlung der moderaten Mitte und des Anwachsens der linken und rechten Ränder, die sich aber programmatisch in der Ablehnung des Globalisierungsprojekts ähneln, und damit auch sowohl auf der Rechten wie auf der Linken einen konsistenten programmatischen Gegenentwurf präsentieren: sozio-ökonomisch linke in Verbindung mit sozio-kulturell eher rechten Position (als Gegenposition gegen das sozio-ökonomisch rechte und zugleich sozio-kulturell linke Programm der Europäisierung bzw. der Globalisierung). Das ist die neue Erfolgsformel des Populismus. In Frankreich kam mit den Gelbwesten noch die starke Artikulation eines Stadt-/Land-Gegensatzes hinzu, der in Deutschland keine ähnlich starke Ausprägung hat. Als Pol steht diesem Lager eine neue Linke gegenüber, in Deutschland am ehesten von den Grünen repräsentiert, in Frankreich von der Präsidentenpartei Renaissance, ein politisches Lager, das sich mal offener, mal verdeckter einverstanden zeigt mit der Verbindung aus liberaler Wirtschaftspolitik und liberaler Gesellschaftspolitik. Damit repräsentiert diese Politik aus Sicht der Populisten eine konsistente Zustimmung zum Globalisierungsprojekt, wohingegen populistische Parteien, und zwar sowohl auf der Rechten als auch auf der Linken, eine zunehmend programmatisch übereinstimmende Ablehnung dieses Projekts artikulieren.

Die Auffächerung und Zersplitterung des Parteiensystems, in Frankreich insbesondere in Form von *La France insoumise* und des *Rassemblement nationaux*, als links- und rechtspopulistische Kräfte, die sich gegen das Globalisierungsprojekt stemmen, vollzieht sich daher auch ganz parallel und ähnlich in Deutschland, mit AfD und Die Linke (bzw. einer möglichen zukünftigen Wagenknecht-Partei, die klarer anti-globalistisch wäre). Auch hier zeigen sich große programmatische Übereinstimmungen. Für beide, wenn auch in ihrer Radikalisierung und ihrer Bedeutung unterschiedlich, beginnt sich ein Stadt-/ Land-Konflikt stärker zu artikulieren (in Frankreich mit dem Gelbwesten-Protest, in Deutschland mit dem Aufstieg der Freien Wähler, die aber natürlich weit weniger radikal und weit weniger virulent diesen Konflikt artikulieren).

Angesichts der Langfristigkeit der unterliegenden Prozesse ist keine einfache und keine schnelle Lösung gegenwärtiger Konflikte, deren Manifestation der Populismus ist, in Sicht. Es ist evident, dass nationale Parteiensysteme dann wieder angemessener auf politische Konflikte reagieren können, wenn der Nationalstaat primäre Zuständigkeit für politische Entscheidungen (zurück)erlangt. Man kann das für einige zentrale Probleme der Gegenwart – Klima, geopolitische Herausforderungen – für weder wünschbar noch praktikabel halten. Zugleich ist klar, dass eine Rückverlagerung von Entscheidungszuständigkeiten zurück an die nationalstaatliche Ebene auch in Gefahr steht, die Wohlfahrtsgewinne des Globalisierungsprojekts, mit denen es sich bis 2008/2010 auch immer legitimiert hatte, aufzugeben.

Der Brexit und seine Folgen veranschaulichen das. ‚Take back control‘ ist ein politisches Ziel mit hohem ökonomischem Preis. Generell dürfte aber mit der grundsätzlichen Spannungslage auch das populistische Phänomen uns weithin begleiten. Die Entwicklung in Deutschland ist in diesem Kontext eher nachholende ‚Normalisierung‘. Es ist die Normalisierung des Ausnahmefalls, in dem sich europäische Politik seit einiger Zeit befindet. In Deutschland wird das als großer politischer Schock empfunden.

Für die aufkommende Europawahl 2024 wird man – vermutlich ohne großes prognostisches Risiko – vorhersagen können, dass die links- wie rechtspopulistischen Gegner Sitze in substantiellem Ausmaß hinzugewinnen werden, *aber eben auch die Parteien* (vor allem der neuen Linken), die auf beiden Dimensionen, der sozio-ökonomischen wie auch der sozio-kulturellen, das (neo-)liberale Projekt namens Europäische Union, emphatisch bejahen. Verluste zu gegenwärtigen hat die ‚alte‘ Mitte aus S&D und EVP, so dass die informelle Großkoalition aus sozial- und christdemokratischer Fraktion allein keine Mehrheit im EP mehr wird erreichen können. Auf europäischer spiegelt sich zunehmend das, was wir auf nationalstaatlicher Ebene auch beobachten können. Für die alten politischen Parteien der Mitte bleibt nicht viel, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Für sie sind Zeiten der Melancholie schon seit längerem angebrochen.

Literatur

K. Arzheimer (2015), 'The AfD: Finally, a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?', *West European Politics*, 38 (3), 535-56.

K. Arzheimer and C. C. Berning (2019), 'How the Alternative for Germany (AfD) and Their Voters Veered to the Radical Right, 2013–2017', *Electoral Studies*, 60, Aufsatz 102040.

S. O. Becker, T. Fetzer and D. Novy (2017), 'Who Voted for Brexit? A Comprehensive District-Level Analysis', *CESifo Working Paper*, (No. 6438).

N. Berbuir, M. Lewandowsky, and J. Siri (2015), 'The AfD and its Sympathisers: Finally, a Right-Wing Populist Movement in Germany?', *German Politics*, 24 (2), 154-78.

K. Bermann, M. Diermeier and J. Niehues (2017), 'Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?', *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1), 57-75.

D. Cantoni, F. Hagemeister and M. Westcott (2019), 'Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology', *Rationality and Competetion*, *Discussion Paper*, (143).

M. Carreras (2019), "What Do We Have to Lose?": Local Economic Decline, Prospect Theory, and Support for Brexit', *Electoral Studies*, 62.

H. D. Clarke, M. Goodwin and P. Whiteley (2017), *Brexit: Why Britain Voted to Leave the EU* (Cambridge: Cambridge University Press).

I. Colantone and P. Stanig (2018), 'Global Competition and Brexit', *American Policial Science Review*, 112 (2), 201-18.

E. Dal Bó, F. Finan, O. Folke, T. Persson and J. Rickne (2018), 'Economic Losers and Political Winners: Sweden's Radical Right', *Manuscript*.

M. Diermeier (2020), 'The AfD's Winning Formula – No Need for Economic Strategy Blurring in Germany', *ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*.

B. Eichengreen (2018), *The Populist Temptation. Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era* (Oxford: Oxford University Press).

D. Goodhart (2017), *The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics* (London: Penguin).

E. Grande and H. Kriesi (2012), 'The Transformative Power of Globalization and the Structure of Political Conflict in Western Europe', in H. Kriesi, E. Grande, M. Dolezal, M. Helbling, D. Höglinger, S. Hutter and B. Wüest (eds.), *Political Conflict in Western Europe* (New York: Cambridge University Press), 3-35.

C. Guilluy (2015), *La France périphérique : Comment on a sacrifié les classes populaires* (Paris : Flammarion).

C. Guilluy (2018), *No Society. La Fin de la classe moyenne occidentale* (Paris : Flammarion).

L. Haffert (2022a), *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung* (München: C.H. Beck).

L. Haffert (2022b), 'The Long-Term Effects of Oppression: Prussia, Political Catholicism, and the Alternative für Deutschland', *American Political Science Review*, 116 (2), 595-614.

M. A. Hansen and J. Olsen (2019), 'Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election', *German Politics*, 28 (1), 1-19.

L. Hooghe and G. Marks (2009), 'A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus', *British Journal of Political Science*, 39 (1), 1-23.

L. Hooghe and G. Marks (2017), 'Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage', *Journal of European Public Policy*.

L. Hooghe, G. Marks and C. Wilson (2002), 'Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?', *Comparative Political Studies*, 35 (8), 965-89.

H.-D. Klingemann and B. Wessels (2001), 'The Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass Roots?', in M. Soberg Shugart and M. P. Wattenberg (eds.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?* (Oxford: Oxford University Press), 279-96.

R. Köcher (2023), 'Das Vertrauen ist dahin (Institut für Demoskopie Allensbach)', *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, (220), 8.

H. Kriesi, E. Grande, R. Lachat, M. Dolezal, S. Bornschieer and T. Frey (2008a), *West-European Politics in the Age of Globalization* (New York: Cambridge University Press).

H. Kriesi, E. Grande, R. Lachat, M. Dolezal, S. Bornschieer and T. Frey (2008b), *West European Politics in the Age of Globalization* (Cambridge: Cambridge University Press).

M. Laakso and R. Taagepera (1979), 'Effective Number of Political Parties. A Measure with Application to West Europe', *Comparative Political Studies*, 12 (1), 3-27.

H. Lengfeld (2017), 'Die "Alternative für Deutschland": eine Partei für Modernisierungsverlierer?', *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69 (2), 209-32.

H. Lengfeld (2018a), 'Der „Kleine Mann“ und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker', *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 295-310.

H. Lengfeld (2018b), 'Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand. Ergebnisse der Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels 1991-2016: (Stand September 2018)', *Manuscript*.

T. Lux (2018), 'Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?', *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 255-73.

P. Manow (2016), *Mixed Rules, Mixed Strategies. Candidates and Parties in Germany's mixed electoral system* (Essex: ECPR Press).

P. Manow (2018), *Die Politische Ökonomie des Populismus* (Frankfurt am Main: Suhrkamp).

P. Manow (2021), 'The Political Economy of Populism in Europe. Hyperglobalization and the Heterogeneity of Protest Movements', *Chatham House Research Paper, Europe Program*, Dezember 2021.

P. Manow and H. Schwander (2020), 'A Labour-market Explanation for the Success of the Right-wing Populist AfD', *Manuscript*.

P. Manow and H. Schwander (2022), 'Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in Westdeutschland und Ostdeutschland', in H. U. Brinkmann and K.-H. Reuband (eds.), *Rechtspopulismus in Deutschland - Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung* (Wiesbaden: Springer VS), 163-91.

D. Marin (2010), 'Germany's Super Competitiveness: A Helping Hand from Eastern Europe', *VOX - CEPR's Policy Portal*, 20. Juni 2010, verfügbar auf: www.voxeu.org.

G. Marks, L. Hooghe, M. Moira and E. Edwards (2006), 'Party Competition and European Integration in East and West - Different Structure, Same Causality', *Comparative Political Studies*, 39 (2), 155-75.

J.-W. Müller (2013), 'Militant Democracy', in M. Rosenfeld and A. Sajó (eds.), *Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (Oxford: Oxford University Press).

A. Reckwitz (2017), *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne* (Berlin: Suhrkamp).

M. Roodujin, S. van Kessel, C. Froio, A. L. P. Pirro, S. de Lange, D. Halikiopoulou, P. Lewis, C. Mudde and P. Taggart (2019), 'The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe', verfügbar auf: <https://popu-list.org/>.

R. Schmitt-Beck (2014), 'Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 201', *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45 (1), 94-112.

W. Streeck (2021), *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus* (Berlin: Suhrkamp).

A. Tutic and H. von Hermann (2018), 'Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz', *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70 (2), 275-94.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- ▶ A. Salles, [Pénurie de main-d'œuvre en Allemagne ? Entre réalité démographique et besoins du marché du travail](#), *Études de l'Ifri*, Oktober 2023 (Verfügbar auf Französisch)
- ▶ K. Kober, [Towards a New European Trade Strategy in Times of Geopolitical Upheaval: The German Perspective](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 176, Oktober 2023 (Verfügbar auf Englisch)
- ▶ Marie Krpata, Ana Helena Palermo, [EU-MERCOSUR-Abkommen: Ein unlösbares Trilemma zwischen Wettbewerbsregeln, normativen Ambitionen und der Diversifizierung der Lieferketten](#), *Briefings de l'Ifri*, Oktober 2023 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- ▶ E. A. Martin, [La fin d'une parenthèse heureuse. Comment la guerre d'Ukraine contraint l'Allemagne à repenser son modèle](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 175, September 2023 (Verfügbar auf Französisch)
- ▶ A. Eisl, [Unüberwindbare Divergenzen in der Haushaltspolitik Deutschlands und Frankreichs?](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 34, September 2023 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- ▶ J. Süß, [Entre inertie et ouverture. L'Allemagne réforme son système d'immigration de travail](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 174, Juli 2023 (Verfügbar auf Französisch)
- ▶ S. Parthie, [„Doppel-Wumms für eine doppelte politische Herausforderung“](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 173, Dezember 2022 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)



27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org